



Vermögens(ungleich)verteilung in Europa

Spätestens seit der Veröffentlichung des Buches von Thomas Piketty „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ wird wieder intensiv über privates (Netto-)Vermögen (Sachvermögen + Finanzvermögen - Verbindlichkeiten = Nettovermögen) diskutiert. Nach den beiden Weltkriegen stand in Deutschland und auch in anderen europäischen Ländern stärker die Debatte um das (Arbeits-)Einkommen im Vordergrund. Dieses sicherte in den meisten Haushalten zunächst das Überleben und nach und nach dann einen gewissen Lebensstandard. Viele Vermögensbestände waren dagegen im Krieg zerstört worden und wurden nur langsam wieder aufgebaut. Inzwischen nähern sich die privaten Vermögen in einigen europäischen Ländern jedoch wieder den Vorkriegsniveaus an. In der öffentlichen Debatte steht neben der Höhe des Vermögens die Verteilung auf die einzelnen Haushalte im Vordergrund, denn der Besitz von Vermögen eröffnet diverse Möglichkeiten.

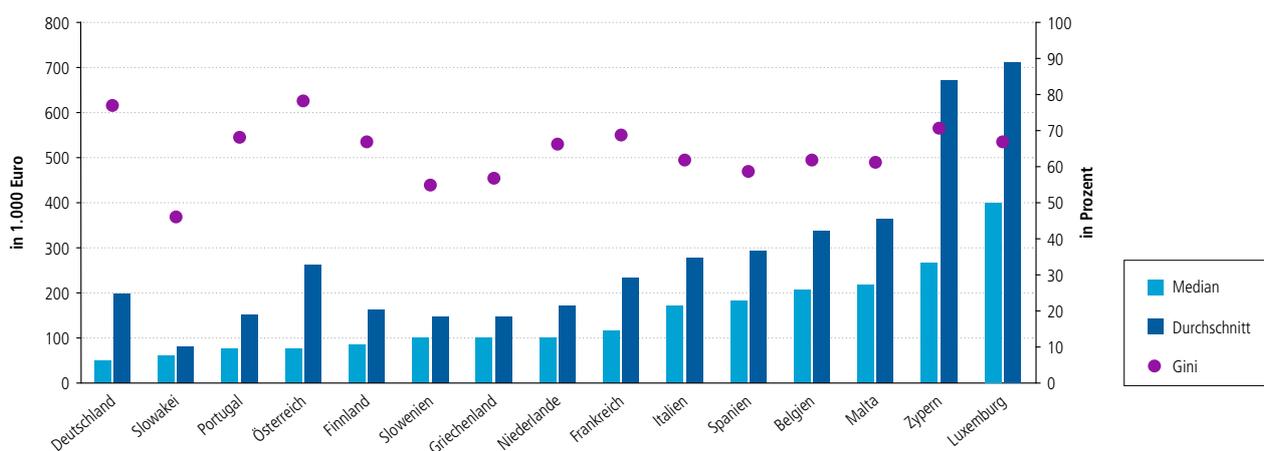
Für viele Menschen bedeutet Vermögen in erster Linie Sicherheit, da es bei Bedarf – also im Falle von Einkommensausfällen

wie Arbeitslosigkeit oder in der Rentenphase – liquidiert und zur Lebensstandardsicherung verwendet werden kann. Eine weitere wichtige Funktion stellt die Nutzung zum Beispiel von eigenem Immobilienbesitz dar. Vermögen kann zudem Einkommen durch Zinsen oder Mieteinnahmen generieren. Es dient zur Erreichung oder Bewahrung eines sozialen Status, es kann vererbt werden oder auch die Ausbildung der Kinder finanzieren. Sehr große Vermögen wiederum verleihen den Besitzer_innen wirtschaftliche und politische Macht.

Vermögen in Europa

Wie verteilt sich nun aber das Vermögen in den europäischen Ländern? Im Jahr 2010 lag laut Europäischer Zentralbank das Nettovermögen in den Euroländern Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien

Abbildung 1: Nettovermögen im Ländervergleich (Jahr 2010)



Quelle: Europäische Zentralbank.

und Zypern bei durchschnittlich 230.800 Euro pro Haushalt und der Median bei 109.200 Euro. Der Median ist der Wert, der die oberen 50 Prozent der Bevölkerung von der unteren Hälfte trennt. Der große Unterschied zwischen diesen beiden Zahlen deutet auf eine ungleiche Verteilung der Nettovermögen hin, da der Durchschnittswert von sehr hohen Vermögen nach oben getrieben wird. Ein klassisches Maß zur Messung der Ungleichheit ist der Gini-Koeffizient. Dieser nimmt Werte zwischen 0 und 100 Prozent an; bei 0 Prozent besitzen alle Personen gleich viel und bei 100 Prozent besitzt eine Person alles und alle anderen nichts. 2010 war der Gini in den betrachteten Ländern in Österreich und Deutschland mit 77 und 76 Prozent am höchsten und in der Slowakei und Slowenien mit 45 und 54 Prozent am niedrigsten. Wobei sowohl die Höhe des Vermögens als auch die Ungleichheit noch unterschätzt sein dürften, da sehr vermögende Haushalte nicht ausreichend in den Daten erfasst sind.

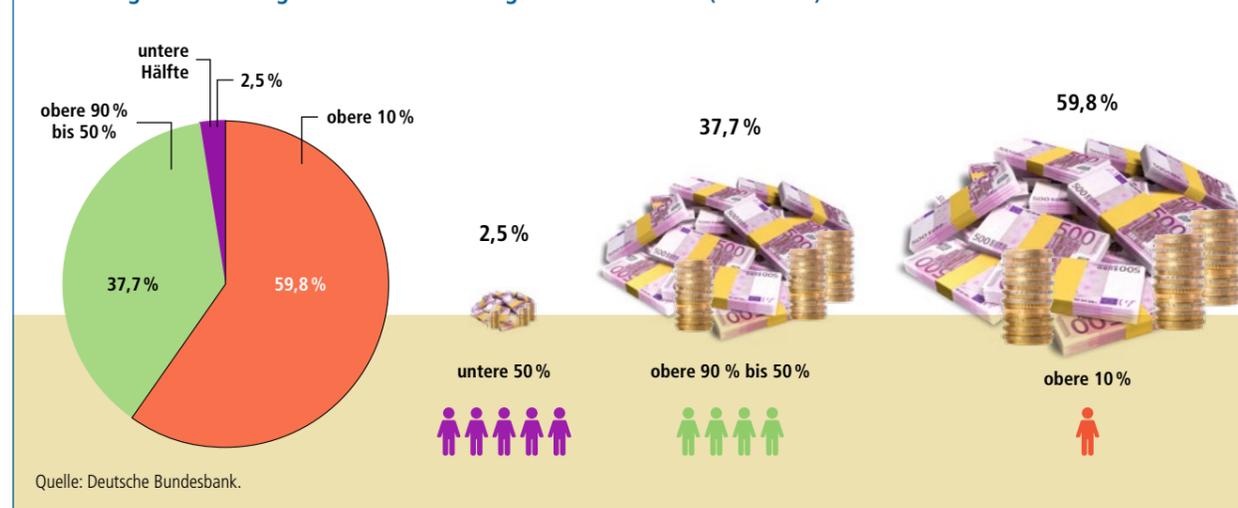
Die Unterschiede zwischen den Ländern haben diverse Ursachen. Zum einen sind die Haushaltsstrukturen unterschiedlich. In den südeuropäischen Ländern leben mehr Personen in einem Haushalt als in den mitteleuropäischen Ländern. Die durchschnittlich höheren Vermögen werden also auf mehr Köpfe verteilt. In diesen Ländern besitzt zudem rund zwei Drittel der Haushalte die Immobilie, in der sie wohnen. Diese stellt in der Regel den größten Anteil am Vermögen. Ein weiterer Aspekt betrifft die Bedeutung des Wohlfahrtsstaates. Private Vermögensbestände sind in Ländern mit einem effektiven und gut ausgebauten Wohlfahrtsstaat niedriger, da der Staat einen Teil der Sicherungsfunktion übernimmt. Gerade vermögensärmere Haushalte haben also in diesen Ländern einen geringeren Anreiz zu sparen. Weitere Ursachen für die Differenzen sind historische und kulturelle Unterschiede, aber auch unterschiedliche Steuersysteme und die Entwicklung der Hauspreise.

Vermögen in Deutschland

Für Deutschland gestaltet sich die Vermögenssituation wie folgt: Für das Jahr 2014 ermittelt die Deutsche Bundesbank ein durchschnittliches Nettovermögen von 214.500 Euro pro Haushalt und einen Median von 60.400 Euro. Die unteren 10 Prozent der Haushalte verfügen über kein oder ein negatives Nettovermögen. Die oberen 10 Prozent besitzen mindestens 468.000 Euro und halten knapp 60 Prozent des gesamten Nettovermögens. Die unteren 50 Prozent verfügen lediglich über 2,5 Prozent. Haushalte in Westdeutschland besitzen durchschnittlich mehr als doppelt so viel Vermögen im Vergleich zu Ostdeutschen. Paare mit Kindern halten weniger Vermögen als Paare ohne Kinder; über ein noch geringeres Vermögen verfügen allerdings Alleinerziehende.

Zwischen verfügbaren (Netto-)Einkommen (nach Steuern und anderen Abgaben sowie erhaltenen Transferzahlungen) und Vermögen besteht ein gewisser Zusammenhang, dieser ist allerdings nicht linear. An den Rändern der Verteilung ist er stärker ausgeprägt, d. h. Haushalte mit hohen Einkommen besitzen häufig auch hohe Vermögen und solche mit niedrigem Vermögen erzielen häufig auch nur ein niedriges Einkommen. Beide Ressourcen folgen im Laufe des Lebens einem ähnlichen, allerdings etwas zeitversetzten Zyklus: In jungen Jahren besitzen die meisten Menschen nur wenig von beiden Größen. Das Einkommen steigt in der Regel zuerst an und das Vermögen zieht dann nach, da die Personen einen Teil ihres Geldes nicht konsumieren, sondern sparen. Teilweise bekommen sie auch von ihren Eltern erste (größere) Schenkungen, um zum Beispiel den Kauf einer Immobilie zu finanzieren. Um die Mitte des Lebens erreicht das Einkommen seinen höchsten Punkt und das Vermögen kurz vor dem Renteneintrittsalter – zu diesem Zeitpunkt haben viele Menschen bereits nahe Verwandte

Abbildung 2: Anteil am gesamten Nettovermögen in Deutschland (Jahr 2014)



INTERVIEW MIT DR. MATTHIAS MIERSCH

Herr Miersch, sind Leistungs- und Chancengleichheit als zentrale Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland aktuell noch gegeben?

Miersch: Der Grundgedanke einer Sozialen Marktwirtschaft ist ja, dass die negativen Auswirkungen einer völlig freien Marktwirtschaft sozialstaatlich abgefedert werden. Die Realität in Deutschland ist aber, dass es in fast keinem europäischen Land für Kinder aus bildungsfernen Haushalten so schwierig ist, aufzusteigen, wie hier. Außerdem ist die Vermögensungleichheit in keinem Land der Eurozone größer als in Deutschland. Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung besitzen zwei Drittel des gesamten Privatvermögens. Bei einer so verfestigten Ungleichheit sehe ich die zentralen Grundsätze von sozialer Marktwirtschaft zumindest als verletzt an.

Gerade in Deutschland geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Was bedeutet diese Entwicklung für unsere Demokratie?

Miersch: Dass bisher keine ernsthaften Versuche unternommen wurden, um diesen Trend umzukehren, finde ich alarmierend. Ich bin davon überzeugt, dass die derzeitige politische Entwicklung etwas mit der ungleichen Vermögensverteilung zu tun hat. Wenn Menschen erleben, dass sie ihre finanzielle Situation aus eigener Kraft nicht verbessern können, sind sie auch empfänglicher für populistische Versprechen und haben weniger Vertrauen in das politische System insgesamt. Insofern ist die große Schere zwischen Arm und Reich auch eine Gefahr für die Demokratie.

Inwieweit haben wir die Klassengesellschaft überwunden, wenn auch heute wieder die Geburt darüber zu entscheiden scheint, wie erfolgreich und vermögend ein Mensch sein wird?

Miersch: Zumindest nicht in Gänze. Das System ist insgesamt durchlässiger geworden, allerdings wurden die entscheidenden Reformen dafür schon in den 1970er Jahren von Willy Brandt angestoßen. Dass wir 40 Jahre danach immer noch so weit von der völligen Chancengleichheit entfernt sind, wird zu Recht immer wieder angeprangert.

Welche Instrumente muss es künftig von Seiten der Politik geben, um dieser Entwicklung entgegenzutreten?

Miersch: Gleiche Bildungschancen sind der Schlüssel für eine gerechtere Vermögensverteilung. Da haben wir noch viel zu tun und müssen in Schul-, Aus- und Weiterbildung investieren. Diese Investitionen in Bildung müssen in erster Linie von denjenigen finanziert werden, die große Vermögen besitzen. Dabei reden wir nicht von Facharbeiter_innen, sondern von den reichsten zehn Prozent der Bevölkerung. Die müssen mehr zum Gemeinwesen beitragen.

Warum gerät aktuell das Thema Vermögen wieder stärker in den Vordergrund der Debatte, während es jahrzehntlang eher um das (Arbeits-)Einkommen ging?

Miersch: Bei den Löhnen hatten wir lange Zeit eine Stagnation, die erst durch die guten Tarifabschlüsse in den letzten Jahren

und den Mindestlohn abgemildert werden konnte. Aber: Gerade dort, wo die Kapitalmärkte im Sinne der neoklassischen Ökonomen perfekt funktionieren, setzt sich die fundamentale Ungleichheit am stärksten durch, das hat der Ökonom Thomas Piketty eindrucksvoll beschrieben. Deshalb müssen wir politisch gegensteuern.

Welchen Reformbedarf sehen Sie im deutschen Steuerrecht, um der bestehenden Ungleichheit entgegenzuwirken?

Miersch: Ich finde, es ist offensichtlich, dass diejenigen mit großen Erbschaften, Vermögen und Kapitaleinkünften deutlich mehr zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen müssen. Im Moment haben wir die Situation, dass ein Teil der Superreichen sich völlig der gesellschaftlichen Solidarität entzieht. Wir brauchen eine gerechte Vermögensbesteuerung, um den Trend umzukehren und die Schere zwischen Arm und Reich wieder zu schließen. Außerdem dürfen Managergehälter jenseits von einer Million Euro pro Jahr nicht mehr steuerlich absetzbar sein. Das sollte die SPD im anstehenden Bundestagswahlkampf auch deutlich sagen.

Das Bundesverfassungsgericht erklärte die deutsche Erbschaftsteuer im Dezember 2014 für teilweise verfassungswidrig und gab der Bundesregierung bis Ende Juni diesen Jahres Zeit für die Ausarbeitung eines Reformvorschlages. Wie beurteilen Sie diesen Reformvorschlag?

Miersch: Das jetzt vorliegende Gesetz war der kleinste gemeinsame Nenner innerhalb der Großen Koalition. Das Bundesverfassungsgericht wird entscheiden, ob seine Vorgaben ausreichend umgesetzt oder die neuen Verschonungen wieder zu weitgehend sind. Eine nachhaltige Reform der Erbschaftssteuer könnte die Einnahmen langfristig verdoppeln. Das lange Ringen um die Besteuerung des Betriebsvermögens hat aber gezeigt, dass dafür andere Mehrheiten nötig sind. An denen müssen wir arbeiten.

Gibt es Ansätze aus anderen Ländern, der Chancen- und Vermögensungleichheit entgegenzuwirken, die für Deutschland ebenfalls interessant sein könnten?

Miersch: In keinem großen Industriestaat werden Vermögen so gering besteuert wie in Deutschland. Unter allen OECD-Mitgliedern stehen wir auf Platz 25. Und ganz vorne liegen nicht etwa die skandinavischen Länder, sondern ausgerechnet die Gralshüter der freien Marktwirtschaft Großbritannien, Kanada und die USA. Das spricht doch Bände.

Dr. Matthias Miersch

ist Bundestagsabgeordneter für die Region Hannover, Sprecher der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des SPD-Parteivorstands.





verloren und deshalb auch geerbt. Im letzten Lebensabschnitt gehen beide Größen wieder zurück, das Einkommen jedoch früher und relativ gesehen stärker. Das Vermögen wird zum Teil zur Lebensstandardsicherung konsumiert oder als Schenkung bereits an die nächste Generation weitergegeben.

Quellen von Vermögen

Vermögen wird also zum einen durch das Sparen von Einkommen aufgebaut; dies kann Arbeits- oder Kapitaleinkommen sein. Zum anderen entsteht es durch erhaltene Erbschaften und Schenkungen. In den letzten Jahren ist zu beobachten, dass Erbschaften und Schenkungen für europäische Haushalte an Bedeutung gewonnen haben. Sie sind auch ein wesentlicher Erklärungsfaktor für die Vermögensungleichheit, Einkommensunterschiede zwischen den Haushalten sind hingegen deutlich weniger relevant.

Dies ist insofern ein beunruhigender Befund, da nicht jeder eine (hohe) Erbschaft erhalten wird. Es sind vor allem die einkommensstarken Haushalte, die diese bekommen. Dies liegt an der niedrigen intergenerationalen Mobilität. In der Regel gehörten bereits die Eltern zu den Einkommensstarken und konnten deshalb einen Teil ihres Einkommens sparen. Dieses geben sie dann – neben einer optimalen Förderung – an ihre Kinder weiter. Einkommensstarke Haushalte können somit Vermögen nicht nur aus ihrem eigenen Einkommen aufbauen, sondern erhalten zudem häufig hohe Erbschaften und Schenkungen.

Handlungsoptionen

Leistungs- und Chancengleichheit gehören zu den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland. Erbschaften und Schenkungen sind allerdings „leistungslos“ bezogene

Vermögen und laufen dem Leistungsprinzip zuwider. Sie können zudem als Kanal angesehen werden, durch den bestehende Chancengleichheit verstärkt wird. Es muss also verhindert werden, dass bereits die Geburt in die eine oder andere Familie über den weiteren Lebensweg maßgeblich entscheidet – denn dies ist weder gerecht noch ökonomisch sinnvoll.

Mit zusätzlichen Mitteln aus vermögensbezogenen Steuern ließen sich Instrumente finanzieren, die die Chancengleichheit verbessern. Die deutsche Steuerpolitik seit den 1990er Jahren war allerdings von Entlastungen hoher Vermögen und auch Einkommen geprägt: Das Aussetzen der Vermögensteuer, Entlastungen bei der Unternehmens- und Kapitalertragsbesteuerung, wie der pauschalen Abgeltungssteuer sowie niedrige Spitzensteuersätze auf hohe Einkommen haben die ökonomische Ungleichheit erhöht. Auch die Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen ist derzeit nicht geeignet, der Kluft zwischen Arm und Reich entgegenzuwirken. Sie beinhaltet umfassende Ausnahmeregelungen für große (Betriebs-)Vermögen und durch hohe Freibeträge können auch andere Vermögensformen (fast) steuerfrei an die nächste Generation übertragen werden. So kann jedes Elternteil alle zehn Jahre 400.000 Euro an jedes seiner Kinder übertragen, jedes Großelternteil 200.000 Euro. Mit Beginn des 21. Lebensjahrs können somit theoretisch bereits 4.800.000 Euro steuerfrei vermacht worden sein. In einigen anderen europäischen Ländern, zum Beispiel Österreich, Zypern, Portugal und Schweden wurde die Erbschafts- und Schenkungssteuer inzwischen faktisch ausgesetzt oder abgeschafft.

Es benötigt eine ehrliche Debatte darüber, welche Werte ein Steuersystem bestimmen sollen und ob eine gerechte Erbschafts- und Schenkungssteuer nicht ein Bestandteil davon sein sollte, um so Chancengleichheit für alle zu ermöglichen.

Lesetipps

- Deutsche Bundesbank (2016): **Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland – Ergebnisse der Vermögensbefragung 2014**. Monatsbericht März.
- EZB (2013): **The Eurosystem Household Finance and Consumption Survey – Results from the First Wave**. Statistics Paper Series No 2.
- Fessler, Pirmin; Martin Schürz (2015): **Private Wealth Across European Countries – The Role of Income, Inheritances and the Welfare State**. ECB Working Paper 1847.
- Friedrichs, Julia (2015): **Wir Erben – Was Geld mit Menschen macht**. Berlin Verlag.
- Heinrich, Roberto; Jochem, Sven; Siegel, Nico A. (2016): **Die Zukunft des Wohlfahrtsstaates: Einstellungen zur Reformpolitik in Deutschland**. Gute Gesellschaft – soziale Demokratie 2017plus, Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Leitner, Sebastian (2015): **Vermögensungleichheit und die Bedeutung von Erbschaften und Schenkungen**. WISO direkt, Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Piketty, Thomas (2014): **Das Kapital im 21. Jahrhundert**. C.H. Beck.
- Westermeier, Christian; Tiefensee, Anita; Grabka, Markus M. (2016): **Erbschaften in Europa: Wer viel verdient, bekommt am meisten**. DIW Wochenbericht Nr. 17.

VORMERKEN!

1. November 2016 in Hannover: Podiumsdiskussion „Viel Reichtum, wenig (Um-)Verteilung“